

Regierung Timoschenko rückt Schuldnern zu Leibe

04.06.2008

Die Regierung Julia Timoschenko beabsichtigt zur Praxis der Anrechnung von Verzugszinsen auf die Schulden bei der Bezahlung von kommunalen Dienstleistungen zurückzukehren, wofür noch 1996 ein Moratorium zur Eintreibung eingeführt wurde. Den Einschätzungen des Ministeriums für Fragen der Wohnungswirtschaft nach, hilft dies nicht nur dabei, das Problem der Nichtzahlung zu lösen, sondern erlaubt es auch den Bürgern per Gericht die Erhöhung der Qualität der Dienstleistungen zu fordern. Doch die Rückkehr der Verzugszinsen wird kaum ein wirksamer Mechanismus zur Tilgung der Schulden sein, denken Experten.

Die Regierung Julia Timoschenko beabsichtigt zur Praxis der Anrechnung von Verzugszinsen auf die Schulden bei der Bezahlung von kommunalen Dienstleistungen zurückzukehren, wofür noch 1996 ein Moratorium zur Eintreibung eingeführt wurde. Den Einschätzungen des Ministeriums für Fragen der Wohnungswirtschaft nach, hilft dies nicht nur dabei, das Problem der Nichtzahlung zu lösen, sondern erlaubt es auch den Bürgern per Gericht die Erhöhung der Qualität der Dienstleistungen zu fordern. Doch die Rückkehr der Verzugszinsen wird kaum ein wirksamer Mechanismus zur Tilgung der Schulden sein, denken Experten.

Heute beabsichtigt das Ministerialkabinett das Gesetzesprojekt "Über die Anerkennung der Außerkraftsetzung des Gesetzes 'Über das zeitweilige Verbot der Eintreibung von Verzugszinsen bei den Bürgern der Ukraine für die unpünktliche Zahlung für kommunale Dienstleistungen.'"? Dieses Moratorium wurde von der Werchowna Rada am 13. November 1996 in Verbindung mit den massenhaften Schulden des Staates bei der Auszahlung von Löhnen, Renten und Stipendien eingeführt, was die pünktliche Zahlung der kommunalen Dienstleistungen (Gas, Elektroenergie, Heizung, Abwasser, Wasser, Erhalt und Betrieb der Wohnungen und der angrenzenden Territorien, Müllentsorgung, Unterhalt der Lifte). Im Artikel 2 des entsprechenden Gesetzes war vorgesehen, dass die Geltung des Verbots sich über den Zeitraum bis zur Tilgung der Schulden des Staates erstreckt.

Den Angaben des Amtes für Statistik, zahlte von Januar bis April 2008 die Bevölkerung für die Dienstleistungen (einschließlich Tilgung von Schulden) 8,303 Mrd. Hrywnja (95,8% der angelaufenen Summe, ca. 1,09 Mrd. €). Zum 1. April betrugen die Rückstände bei der Bezahlung der Dienstleistungen 8,192 Mrd. Hrywnja (ca. 1,07 Mrd. €)

"Momentan gibt es keine Rückstände bei der Lohnzahlung, die Leiter der Unternehmen, welche solche Schulden haben, werden vom Gesetz verfolgt, daher ist es Zeit das Verbot aufzuheben.", denkt der Wohnungswirtschaftsminister Alexej Kutscherenko. Seinen Worten nach, ist es ohne Rücknahme des Gesetzes nicht möglich die Branche umzuformieren. "Eine vollständige Zahlung gibt den Bürgern die Grundlage dafür Qualitätsdienstleistungen zu verlangen. Und nach der Rücknahme des Verbots, werden wir mit allen Kräften Klagen gegen die Dienstleister in Bezug auf minderwertige Dienstleistungen fördern.", sagte der Minister.

Kutscherenko ist sich sicher, dass die Rückkehr der Verzugszinsen sich nicht auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung auswirkt. "Um Verleumdungen zu vermeiden unterstreiche ich, unsere Entscheidung wird sich nicht auf die ärmsten Bürger auswirken, da sie Zuschüsse bekommen. Wie die Praxis zeigt, gibt es Rückstände bei Bürgern, welche zu zahlen in der Lage sind." Übrigens, die Höhe der Verzugszinsen wurde in der Regierung bislang nicht festgelegt. "Es wird das Schema wieder eingeführt, welches bis zum Verbot galt.", konnte Kutscherenko präzisieren, dabei anmerkend, dass der Mechanismus im Bürgerlichen Gesetzbuch beschrieben ist. Doch in dessen Artikeln 550-559 ist lediglich der Mechanismus der Eintreibung der Verzugszinsen ohne Festlegung deren faktischer Höhe beschrieben.

Der Leiter des Parlamentsausschusses für Fragen des Baus, der Stadtentwicklung, der Wohnungswirtschaft und der Regionalpolitik, der Ex-Minister für Bau, Architektur und Wohnungswirtschaft, Wladimir Rybak (Partei der Regionen), geht davon aus, dass die Rückkehr der Verzugszinsen nichts ändern wird. "Schulden für Wohnungsdienstleistungen haben die Menschen, welche nicht in der Lage sind zu zahlen.", denkt der Abgeordnete. "Daher werden die Rückstände ohne Perspektive der Tilgung ansteigen." Der Meinung des Direktors des Analyseentrums "Akademija", des ehemaligen stellvertretenden Ministers für Regionalpolitik und

Bau, Alexander Kushel, nach, sind die Argumente der Regierung, dass zum heutigen Tag Schuldner in der Regel zahlungsfähige Leute sind, vollständig gerechtfertigt. "Doch die Leute haben bereits die Erfahrung der Rücknahme der Verzugszinsen gemacht, daher werden diese Sanktionen sie nicht erschrecken.", denkt der Experte.

Schulden der Bevölkerung für kommunale Dienstleistungen zum 1. Mai 2008

Gebiet	in Mio. Hrywnja	in Mio. €	
Donezk		1.515,1	ca. 199,3
Dnepropetrowsk		1.248,0	ca. 164,2
Charkow		905,7	ca. 119,2
Lugansk		729,6	ca. 96,0
Stadt Kiew		533,0	ca. 70,1
Saporoshje		401,4	ca. 52,8
Odessa		344,4	ca. 45,3
Lwiw		336,3	ca. 44,2
Kiew		251,5	ca. 33,0
Krim		239,5	ca. 31,5
Poltawa		169,6	ca. 22,3
Cherson		151,5	ca. 19,9
Nikolajew		140,6	ca. 18,5
Tscherkassy		131,2	ca. 17,3
Sumy		120,5	ca. 15,8
Sakarpatja		117,9	ca. 15,5
Shitomir		99,0	ca. 13,0
Winniza		96,0	ca. 12,6
Rowno		95,8	ca. 12,6
Kirowograd		93,3	ca. 12,2
Chmelnyzkij		80,1	ca. 10,5
Iwano-Frankiwnsk		79,3	ca. 10,4
Tschernigow		68,9	ca. 9,0
Ternopil		60,5	ca. 7,9
Wolynska		59,0	ca. 7,7
Sewastopol		47,7	ca. 6,2
Tscherniwzi		46,4	ca. 6,1
Ukraine, im Ganzen		8.191,9	ca. 1.077,9

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 679

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.